

# Ungleichheit als makroökonomischer Risikofaktor in den USA: Lehren für die Schweiz?

Die Ökonomen des 19. Jahrhunderts ahnten bereits, dass ökonomische Ungleichheit bedeutende makroökonomische Konsequenzen haben kann. Sie verstanden auch, dass institutionelle Faktoren die Einkommensverteilung entscheidend beeinflussen. Beide Einsichten wurden in den Jahren vor der jüngsten Weltwirtschaftskrise zu wenig beachtet. Die USA können als Fallbeispiel dienen, wie institutionelle Veränderungen zu Ungleichheit beitragen und welche wirtschaftlichen Konsequenzen dies haben kann. Für die Schweiz ergeben sich daraus aufschlussreiche Lehren.



Die Protestbewegung Occupy Wall Street speiste sich aus einem dumpfen Unbehagen in Teilen der amerikanischen Bevölkerung angesichts reduzierter sozialer Mobilität, politischer Begünstigung von Wall Street gegenüber der Main Street sowie einer Verschärfung ökonomischer Ungleichheiten.

Foto: Keystone

Einkommensverteilung galt lange als Kernthema der politischen Ökonomie. Für David Ricardo war es das Hauptproblem der politischen Ökonomie schlechthin. Die Mechanismen hinter der Verteilung des «Wohlstands der Nation» zwischen den sozialen Klassen wurde eingehend untersucht, ebenso wie die Auswirkungen dieser Verteilungsmuster auf die wirtschaftliche Entwicklung. Spätestens in der Nachkriegszeit verloren aber viele Ökonomen das Interesse an Verteilungsfragen. Die Wissenschaft schien mit der Grenzproduktivitätstheorie der Faktorpreise

eine ausreichende Basis für die Erklärung von Verteilungsmustern gefunden zu haben – nämlich, dass jeder Produktionsfaktor entsprechend dem Wert seines Grenzproduktes entlohnt wird. Unter der Annahme perfekter Kreditmärkte konnte im neoklassischen Modell ausserdem gezeigt werden, dass die Einkommensverteilung keine Auswirkungen auf die Wachstumsrate einer Wirtschaft hat. Ökonomische Forschung, so eine weitverbreitete Meinung in diesen Jahren, soll sich deshalb vornehmlich mit Wirtschaftswachstum und nicht mit Einkommensverteilung beschäftigen. Der Nobelpreisträger Robert Lucas hielt den Fokus auf die Einkommensverteilung gar für die giftigste Tendenz in den Wirtschaftswissenschaften überhaupt.



**Noé Wiener**  
PhD Student in Volkswirtschaftslehre,  
New School for Social  
Research, New York

## Trends in der Einkommensverteilung in den USA und der Schweiz

Die jüngste Weltwirtschaftskrise hat Ungleichheiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung wieder ins Zentrum der Debatte gerückt. Die Protestbewegung *Occu-*

1 Vgl. US Census Bureau.

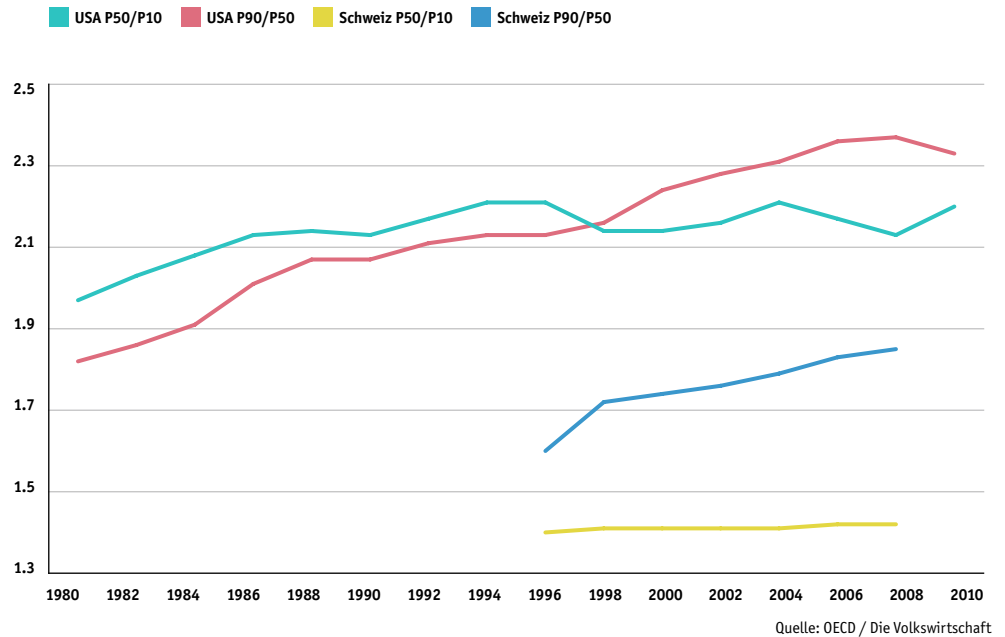
2 Vgl. Alveredo et al. (2012).

3 Vgl. Dell et al. 2005, Schaltegger & Gorgas (2011).

4 Vgl. BFS (2012).

Grafik 1

**Dezilverhältnisse der Bruttoeinkommen für Vollzeitbeschäftigte in abhängigem Arbeitsverhältnis, 1980–2010**



py Wall Street speiste sich aus einem dumpfen Unbehagen in Teilen der amerikanischen Bevölkerung angesichts reduzierter sozialer Mobilität, politischer Begünstigung von Wall Street gegenüber der Main Street (eine Kurzformel für die Realwirtschaft, aber auch für die Interessen der Mittelklasse) sowie einer Verschärfung ökonomischer Ungleichheiten. Die Fakten sind dabei auch in der Wissenschaft wenig kontrovers. Wie Zensusdaten für die USA zeigen, sind zwischen 1979 und 2009 die durchschnittlichen Realeinkommen der einkommensschwächsten 20% aller Familien um 7,4% gefallen, während die obersten 20% im selben Zeitraum ein Wachstum von 49,0% erfuhren.<sup>1</sup> Diese Entwicklung zeichnet sich in allen untersuchten Indikatoren ab.

Wie Grafik 1 zeigt, stieg in den USA die Ungleichheit der Bruttoeinkommen in der oberen Hälfte der Einkommensverteilung seit 1980 beinahe kontinuierlich an, während in der unteren Hälfte die Zunahme der Ungleichheit bis Mitte der 1990er-Jahre andauerte. Die entsprechenden Zeitreihen für die Schweiz sind wesentlich kürzer, zeigen aber insgesamt ein niedrigeres Niveau der Ungleichheit sowie grössere Stabilität in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung. Gemäss diesem Indikator zogen aber auch in der Schweiz die hohen Einkommen den mittleren Einkommen davon.

Diese zunehmende Ungleichheit – insbesondere am oberen Ende – schlug sich im Anteil der verschiedenen Einkommensklassen am US-amerikanischen Gesamteinkommen

nieder. Das durch Occupy Wall Street berühmt gewordene oberste Prozent der Steuerpflichtigen erhielt 1970 noch 7,8% des gesamten Bruttoeinkommens, während dieser Anteil im Jahr 2010 auf 17,4% angestiegen war.<sup>2</sup> In der Schweiz zeigt sich dagegen eine relativ stabile Verteilungsstruktur im Verlauf des 20. Jahrhunderts.<sup>3</sup>

Ein ähnliches Bild ergibt sich aus der Analyse von Ungleichheitsindikatoren, in deren Berechnung die Gesamtheit der Verteilung und nicht nur die Randbereiche einfließen. Für die Schweiz zeigt sich ein leichter Anstieg der Ungleichheit zwischen 2001 und 2007. Seither haben die Ungleichheitsindikatoren wieder abgenommen.<sup>4</sup> Im internationalen Vergleich ist die Einkommensverteilung in der Schweiz nicht nur relativ stabil, sondern auch egalitär. Wie Grafik 2 zeigt, sind die Kapital- und Arbeitseinkommen der Haushalte in der Schweiz weniger ungleich verteilt als im OECD-Durchschnitt.

Allerdings ist die Reduktion der Ungleichheit durch Transfers und Steuern sowohl in der Schweiz als auch den USA weit weniger umfangreich als in anderen Ländern. Entsprechend liegt die Schweiz bei den verfügbaren Einkommen nur auf Platz acht, während sie bei der Verteilung der Markteinkommen an erster Stelle (mit der geringsten Ungleichheit) steht.

**Ursachen der zunehmenden Ungleichheit**

Diese Entwicklungen haben auch in der Wirtschaftswissenschaft zu einem erneuten

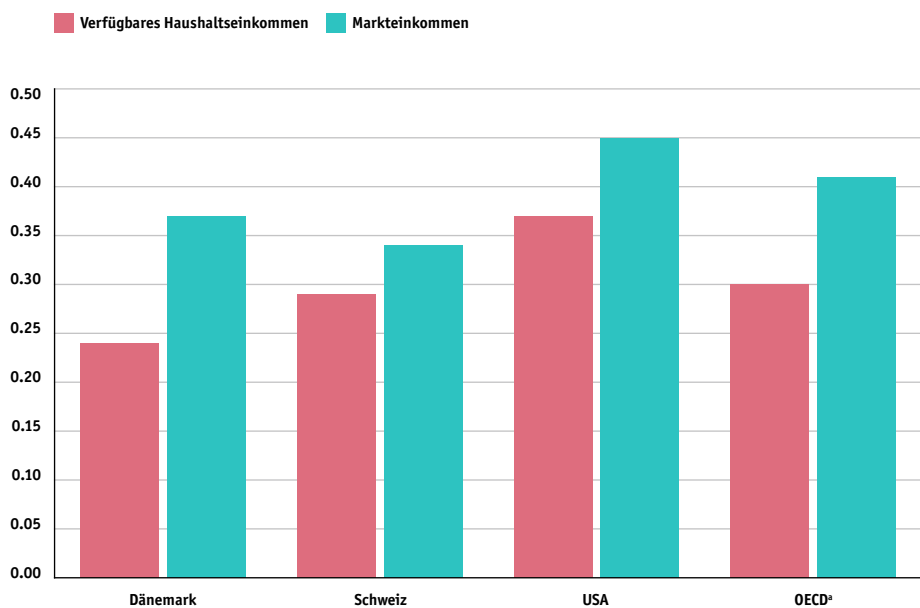
Kasten 1

**Ungleichheitsmasse**

- *Gini-Koeffizient*: Dieses weitverbreitete Ungleichheitsmass kann theoretisch zwischen 0 (vollkommene Gleichverteilung) bis 1 (eine Person erhält das gesamte Einkommen) variieren. Einfach ausgedrückt berechnet sich der Gini aus den Differenzen sämtlicher Einkommen untereinander. Damit fließt die gesamte Einkommensverteilung in die Berechnung ein. Der Gini ist besonders empfindlich auf Veränderungen in der Mitte Verteilung.
- *Dezilverhältnisse*: Diese Indikatoren setzen die Einkommen an verschiedenen Positionen in der Einkommensverteilung in ein Verhältnis zueinander. Das P90/P10-Mass zum Beispiel dividiert das Einkommen des Haushalts am neunten Dezil (über dem 10% der Haushalte liegen) mit dem Einkommen des Haushalts am ersten Dezil (unter dem 10% der Haushalte liegen). Damit lassen sich leicht unterschiedliche Bereiche der Einkommensverteilung untersuchen. Allerdings ignoriert dieses Mass Veränderungen an anderen Orten der Verteilung, insbesondere bei den sehr hohen und niedrigen Einkommen.

Grafik 2

**Gini-Koeffizient für die Verteilung von Markteinkommen und verfügbarem Haushaltseinkommen**

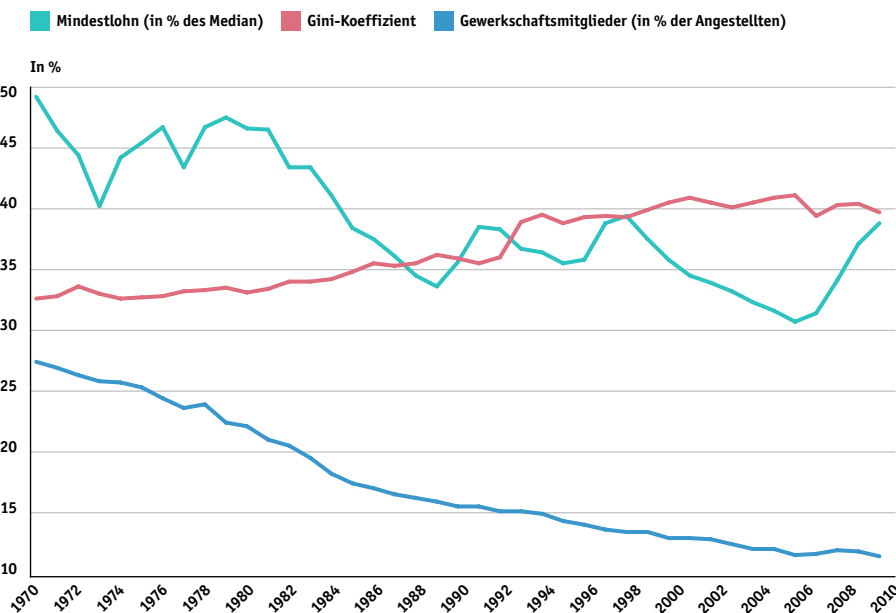


a Entspricht dem Durchschnitt von 29 OECD Ländern.

Quelle: OECD (2011) / Die Volkswirtschaft

Grafik 3

**USA: Mindestlohn, Gewerkschaftsbeteiligung und Gini-Koeffizient der Lohneinkommen für Vollzeitangestellte, 1970–2010**



Quelle: OECD, US Census Bureau (Gini-Koeffizient) / Die Volkswirtschaft

Interesse an den Ursachen und Folgen von ungleicher Einkommensverteilung geführt. Bei der Beantwortung der ersten Frage stützen sich Ökonomen häufig auf Varianten des Lehrbuchmodells von Angebot und Nachfrage für unterschiedlich produktive Arbeitnehmende. Die Theorie des sogenannten qualifikationsverzerrten technischen Wandels erklärt dabei die zunehmende Ungleichheit der Arbeitseinkommen durch eine Verschiebung der Nachfrage zugunsten von besser ausgebildeten Arbeitern. Gemäss dieser Theorie habe der technische Fortschritt – insbesondere die weitverbreitete Einführung von Computern – hochqualifizierte Arbeitnehmende komplementiert und dadurch ihre Produktivität überproportional gesteigert. Wenig qualifizierte Arbeitnehmende, deren Arbeit Routinecharakter hat, würden dagegen durch den technischen Wandel ersetzbar.

Dieses Lehrbuchmodell des qualifikationsverzerrten technischen Wandels ist in den letzten Jahren verschiedentlich in Kritik geraten.<sup>5</sup> So treffen Ungleichheitsdynamik und technischer Wandel weder zeitlich noch räumlich zusammen. Während sich Anforderungsprofile in vielen Industrieländern parallel verändert haben, nahm die Ungleichheit in unterschiedlichem Masse zu.<sup>6</sup> Alternative Erklärungsmodelle betonen, dass das Standardmodell durch eine genaue Analyse von institutionellen Veränderungen ergänzt werden muss. Zu den in verschiedenen Studien als relevant genannten Faktoren zählen unter anderem der gewerkschaftliche Deckungsgrad, die Mindestlohnpolitik und das Steuerwesen.<sup>7</sup> Die Annahme ist dabei, dass Arbeitsmarktinstitutionen im weitesten Sinne die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmenden beeinflussen.<sup>8</sup> Ein ausgebauter Sozialstaat, schützende Arbeitsnormen sowie einflussreiche Gewerkschaften stärken tendenziell die Position der Arbeitnehmenden in Lohnverhandlungen und können damit potenziell eine grössere Lohnspreizung verhindern.

Grafik 3 zeigt die Entwicklung zweier möglicher institutioneller Faktoren seit 1970 für die USA, nämlich das Verhältnis zwischen Mindestlohn und Medianlohn sowie der gewerkschaftliche Organisationsgrad. Die Abbildung liefert Hinweise darauf, dass institutionelle Faktoren bei der Zunahme der Ungleichheit in den USA eine Rolle gespielt haben könnten. In einer neueren empirischen Studie wurde der Einfluss der Globalisierung, des technologischen Fortschritts und von Veränderungen im Regulierungsrahmen auf die Lohnverteilung für 22 OECD Staaten seit Anfang der 1980er-Jahre untersucht.<sup>9</sup> In dieser Zeitspanne wuchs das Lohnverhältnis des 9. zum 1. Dezil um jährlich

5 Vgl. Harjes 2007, Dell et al. (2005).  
 6 Vgl. Neckermann & Torche (2007).  
 7 Siehe zum Beispiel Fortin & Lemieux (1997), Saez (2004).  
 8 Vgl. Levy & Temin (2007).  
 9 Vgl. OECD (2011).  
 10 Verschiedene weitere Faktoren, welche einzeln nicht signifikant waren, führten zu einer Erhöhung der Ungleichheit um 0,29% pro Jahr.  
 11 Vgl. OECD (2011).  
 12 Vgl. Barba & Pivetti (2009); Kumhof & Ranciè (2010); Van Treeck & Storn (2012).  
 13 Vgl. Acemoglu (2011).  
 14 Vgl. Bordo & Meissner (2012).

durchschnittlich 0,47%. Gemäss den Schätzungen der OECD führten Lockerungen in der Regulierung von Arbeits- und Produktmärkten zu einer Erhöhung der Ungleichheit um 0,42% pro Jahr, während der technologische Fortschritt diese um 0,32% pro Jahr erhöhte. Ein deutlich dämpfender Einfluss auf die Ungleichheit geht dagegen von Bildungsinvestitionen aus (−0,50% pro Jahr).<sup>10</sup>

Schliesslich müssen bei der Analyse auch die Einwirkungen der Deregulierung von Produkt- und Arbeitsmärkten auf die Erwerbsbeteiligung bzw. die Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden. So wird manchen Deregulierungsbestrebungen eine Zunahme der Beschäftigungsrate attestiert, was die Ungleichheit unter allen Erwerbspersonen reduziert. Der Gesamteffekt der Deregulierung ist deshalb weniger eindeutig.<sup>11</sup>

### Makroökonomische Folgen

Nicht nur Ursachen, sondern auch Folgen der Einkommensungleichheit wurden in jüngster Zeit vermehrt untersucht. Im Zuge der Wirtschaftskrise seit 2007 haben sich Ökonomen mit den makroökonomischen Auswirkungen einer zunehmend ungleichen Einkommensverteilung auseinandergesetzt.

Bekanntermassen lag der unmittelbare Auslöser für die Krise, wenn sie sich auch aus unterschiedlichen Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene speiste, im Platzen der Immobilienblase durch die gehäuften Zahlungsausfälle bei den berüchtigten Subprime-Krediten. Es stellt sich deshalb die Frage, ob zwischen zunehmender Ungleichheit und der immer prekäreren Bilanzsituation des Haushaltssektors ein Zusammenhang besteht.

Angesichts fallender Investitionsquote und Nettoexporte trug die hohe Konsumquote der Haushalte erheblich zur Aufrechterhaltung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in den USA bei. Die Kehrseite dieser hohen Konsumquote war die zunehmende Verschuldung der Privathaushalte, welche durch die scheinbar unbeirrbar ansteigenden Immobilienpreise besichert schien. So stieg das Verhältnis von Schulden zu verfügbarem Einkommen für Haushalte von 72,1% in den 1980 auf 136,7% in 2006 also unmittelbar vor der Finanzkrise. Im selben Zeitraum fiel die Netto-Sparquote der US Haushalte massiv von etwa 10,1% auf 2,5% (OECD). Studien zeigen, dass insbesondere Haushalte am unteren Ende der amerikanischen Vermögensverteilung ihre Verschuldung erhöht haben, während der Schuldenstand der obersten 5% bei etwa 70% verharrte.<sup>12</sup>

### Ungleichheit und Haushaltsverschuldung

Die Erklärungsversuche zum Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Haushaltsverschuldung fallen grob in eine angebots- und nachfrageseitige Gruppe. *Angebotsseitige Erklärungen* sehen – wenn überhaupt – nur einen indirekten Zusammenhang. So könnte die grössere Ungleichheit zu politischem Druck auf die Angebotsseite der Kreditmärkte geführt haben, damit Finanzinstitute den stagnierenden Realeinkommen in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung mit leicht erhältlichen Krediten entgegenzutreten. *Rajan (2010)* glaubt, dass die wohlgemeinte Intervention verschiedener amerikanischer Regierungen zur Förderung des Wohneigentums ärmerer Haushalte entscheidend zur Preisblase im Immobilienmarkt und der zusehends verschlechterten Kreditqualität beigetragen hat. Damit stünden in erster Linie Politiker und nicht Finanzinstitutionen in der Verantwortung. *Rajan's These* wurde kritisiert, weil sie den Einfluss der Armen auf die Politik über- und die Effekte der Deregulierung von Finanzmärkten unterschätze<sup>13</sup> sowie die «traditionellen» Erklärungen für Kreditbooms vernachlässige – insbesondere niedrige Zinsen und prozyklisches Verhalten à la Minsky.<sup>14</sup>

Kasten 2

#### Literatur

- Acemoglu, D. (2011): Thoughts on Inequality and the Financial Crisis, Präsentation vom 7. Januar 2011, Denver.
- Alvaredo, F., A.B. Anthony, T. Piketty und E. Saez (2012): The World Top Incomes Database, <http://g-mond.parisschoolofeconomics.eu/topincomes>.
- Barba, A. und M. Pivetti (2009): Rising Household Debt: Its Causes and Macroeconomic Implications – A Long-Period Analysis, in: Cambridge Journal of Economics (33), S. 113–137.
- Bordo, M. und C. Meissner (2012): Does Inequality Lead to a Financial Crisis?, NBER Working Paper 17896, National Bureau of Economic Research.
- Bundesamt für Statistik (2012). Einkommensungleichheit und staatliche Umverteilung. Zusammensetzung, Verteilung und Umverteilung der Einkommen der privaten Haushalte, Neuchâtel: BFS.
- Dell, F., T. Piketty und E. Saez (2005): Income and Wealth Concentration in Switzerland over the 20th Century, CEPR Discussion Paper Nr. 5090.
- Demos (2005): The Plastic Safety Net. How Households Are Coping in a Fragile Economy, New York.
- Duesenberry, J. (1949). Income, Savings and the Theory of Consumer Behavior, Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Fortin, N.M. und T. Lemieux (1997): Institutional Changes and Rising Wage Inequality: Is there a Linkage?, in: The Journal of Economic Perspectives (11:2), S. 75–96.
- Harjes, T. (2007): Globalization and Income Inequality: A European Perspective, IMF Working Paper WP/07/169.
- Kumhof, M. und R. Ranciè (2010): Inequality, Leverage and Crises, IMF Working Paper WP/10/268.
- Levy, F. und P. Temin (2007): Inequality and Institutions in 20th Century America, Working Paper 07–17, Cambridge MA: Massachusetts Institute of Technology.
- Neckerman, K. und F. Torche (2007): Inequality: Causes and Consequences, in: Annual Review of Sociology (33), S. 335–357.
- OECD (2011): Divided We Stand. Why Inequality Keeps Rising, OECD Publishing.
- Rajan, R. (2010): Fault Lines. How Hidden Fractures Still Threaten the World Economy, Princeton University Press.
- Saez, E. (2004): Income and Wealth Concentration in a Historical and International Perspective, Working Paper.
- Schaltegger, C.A. und C. Gorgas (2011): The Evolution of Top Incomes in Switzerland over the 20th century, CREMA Working Paper Nr. 2011/06.
- Van Treeck, T. und S. Storn (2012): Income Inequality as a Cause of the Great Recession? A Survey of Current Debates. Genf: ILO.

Dieser rein angebotsseitigen Erklärung steht eine alternative *nachfrageseitige Hypothese* gegenüber. Bereits die klassischen politischen Ökonomen wussten, dass arme und reiche Haushalte ihre Einkommen zu unterschiedlichen Anteilen für den Konsum verwenden. Eine Verschiebung des Gesamteinkommens von ärmeren zu reicheren Haushalten kann deshalb die Sparquote eines Landes beeinflussen. Gleichzeitig kann sich aber auch die Sparneigung der verschiedenen Einkommensklassen verändern.

Die *Theorie der relativen Einkommen*<sup>15</sup> bietet einen möglichen Erklärungsrahmen. In dieser Theorie versuchen ärmere Haushalte mit reicheren Haushalten in ihrer Vergleichsgruppe mitzuhalten sowie ihren Lebensstandard auch bei fallenden Einkommen aufrecht zu erhalten. Entsprechend hätten Haushalte mit niedrigen Einkommen im Verhältnis zu ihrer Referenzpopulation oder zu ihrem vergangenen Einkommensniveau eine niedrigere Sparquote als Haushalte am oberen Ende der Einkommensverteilung. Konsumententscheidungen der reicheren Haushalte könnten dann zu sogenannten Ausgabenkaskaden bis in niedrigere Dezile der Einkommensverteilung hinein führen. Die ärmeren Haushalte finanzieren diese Ausgaben durch grössere Arbeitsmarktpartizipation, niedrigeres Sparen und/oder stärkere Verschuldung.

Eine zweite nachfrageseitige Erklärung ist politisch-ökonomischer Natur. Insbesondere seit der Amtszeit von Ronald Reagan wurde der amerikanische Sozialstaat sukzessive zurückgebaut und Leistungen der Gesundheitsversorgung, Ausbildung und der Altersvorsorge von privaten Anbietern übernommen. Angesichts stagnierender Einkommen wurde deshalb das *Plastic Social Safety Net* von Kreditkartenschulden und Konsumkredit für Haushalte attraktiv. Diese verschuldeten sich nicht nur bei unvorhersehbaren Ereignissen wie Verlust des Arbeitsplatzes oder medizinischen Notfällen, sondern auch für notwendige Alltagsausgaben. In einer Studie von Haushalten mit Kreditkartenschulden bejahten über ein Drittel der befragten Haushalte, dass sie für Ausgaben wie Miete, Hypothekarzinsen und Lebensmittel auf diese Form von Kredit zurückgegriffen haben.<sup>16</sup>

In der Schweiz müsste eine genauere Analyse der Haushaltsverschuldung nach Einkommensklassen durchgeführt werden. Aufgrund der vorsichtigeren Kreditvergabe, des grosszügigeren Sozialstaats und der geringeren Veränderung in Ungleichheit spricht vieles dafür, dass hierzulande das Problem weniger akut ist. So hat sich die Sparquote der Haushalte zwischen 1995 und 2007 kaum

verändert und liegt in beiden Jahren bei 12,7% des verfügbaren Einkommens. In der Schweiz ist das Verhältnis zwischen Haushaltsschulden und BIP vergleichsweise hoch, was aber unter anderem auf höhere Vermögenswerte zurückzuführen ist. Auch die tiefere Rate an Hauseigentum stellt einen wichtigen Unterschied zur Situation in den USA dar.

Insgesamt ist der Zusammenhang zwischen der Ungleichheit und der Bilanzsituation der Haushalte noch nicht genügend geklärt. Es stellt sich die Frage, warum nicht in allen Ländern mit steigender Ungleichheit eine vergleichbare Verschuldung der Privathaushalte stattgefunden hat. Eine bedeutende Rolle dürften einmal mehr sozialstaatliche Institutionen spielen.

## Fazit

Die Entwicklung der Einkommensverteilung sollte – wie andere relevante makroökonomische Variablen auch – aufmerksam beobachtet werden. Eingegriffen werden kann gegebenenfalls insbesondere durch das Steuerwesen. Sowohl in der Schweiz als auch in den USA hat ein lebhafter Steuerwettbewerb zwischen verschiedenen Regionen in den vergangenen Jahrzehnten zu fallenden Steuerraten auf hohe Einkommen geführt. Spielraum für Umverteilung ist also durchaus vorhanden. Ein Wegbrechen der niedrigen Löhne, wie es in den USA zu beobachten war, gilt es zu vermeiden. Arbeitsmarktinstitutionen können dabei eine wichtige Rolle spielen. ■

<sup>15</sup> Vgl. Duesenberry (1949).

<sup>16</sup> Vgl. Demos (2005).